

## 1 Aktuelle Stunde

### Konsequenzen aus dem Aussaatverbot für gentechnisch veränderten Mais

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4376

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 21. Mai 2007 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Rimmel das Wort. Bitte schön, Herr Rimmel.

**Johannes Rimmel**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum diskutieren wir heute Morgen über Gentechnikanbau in Nordrhein-Westfalen? Ich möchte Ihren Reden nicht vorgreifen, aber Ihre Tonlage kann ich mir schon vorstellen: Na, ja, die Grünen, warum so einen Wind um einen kleinen Versuchsgarten in der Nähe von Köln oder eine Genmaisfläche in Borken?

Bevor ich Ihnen darauf antworte, möchte ich in ein paar Strichen den Hintergrund der aktuellen Debatte skizzieren. Eines ist klar: Wir haben es hier eindeutig mit der oftmals so typischen politischen Parallelwelt zu tun. Ja, es gibt offensichtlich zwei Welten, meine Damen und Herren. Sie kennen die eindeutigen Umfrageergebnisse, was die Menschen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln halten. Sie kennen die Abstimmungsergebnisse in der Schweiz. Sie kennen die aktuellen Entwicklungen in Österreich, ja Sie kennen selbst die Debatten in der CSU, meine Damen und Herren. Sie sollten vielleicht auch zur Kenntnis nehmen – das ist traurig genug –, dass erst von Verwaltungsgerichten bestätigt werden muss, dass sich Bienen nicht an Mindestabstände halten.

Dazu will überhaupt nicht so recht passen, dass der andere Teil der Parallelwelt, Landwirtschaftsminister Seehofer, Eckpunkte zur Aufweichung des bestehenden strengen Gentechnikrechts vorgelegt hat. Dies ist ein Angriff, meine Damen und Herren, auf das von Renate Künast und der rot-

#### Seite 6838

grünen Bundesregierung vorzüglich gestaltete strenge Gentechnikrecht. Insbesondere soll die Haftungsregel, das heißt wer für gentechnische Verunreinigungen haftet, entkernt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch die so wichtige Frage der Transparenz soll gentechnikfreundlich geregelt werden. Das bedeutet die Rückkehr zur Geheimniskrämerei. Wir in Nordrhein-Westfalen sollten wissen, was das heißt. Wir kennen ja bis heute noch nicht alle Flächen, auf denen Versuche in Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben.

In diese Situation platzt wie Blitz und Donner das aktuelle Schreiben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Darin werden 1 : 1 die Bedenken untermauert und bestätigt, die schon immer gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen insbesondere der Sorte MON810 vorgetragen worden sind. Dieses Schreiben, meine Damen und Herren, ein behördliches Schreiben, liest sich in der Tat wie ein grünes Argumentationspapier – ich darf zitieren –:

„Erst mit jüngeren Untersuchungen wurde deutlich, dass und in welchem Ausmaß das Bt-Toxin über die Pflanze in höhere Nahrungskettenglieder gelangt. ... Diese neuen und zusätzlichen Informationen ... geben berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt.“

Ich wiederhole: „eine Gefahr für die Umwelt darstellt“!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit, meine Damen und Herren, ist von behördlicher Seite eindeutig belegt, dass mit dieser Art und Weise des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen Schluss gemacht werden muss. Die Handlungsweisen, die das Bundesamt vorgibt, sind eindeutig: Die Aussaat ist zu stoppen.

Die Frage bleibt offen, was mit dem ausgesäten Mais passiert. Wir sind der Meinung: Es muss unverzüglich gehandelt werden. Er muss entfernt oder untergepflügt werden. Wenn die Gefahren so

groß sind wie dargestellt, darf nicht ein Jahr gewartet werden, sondern dann muss gehandelt werden! Das Bundessortenamt hat ja auch entsprechend reagiert.

Ich komme zurück auf meine Ausgangsfrage: Warum diskutieren wir heute Morgen im Landtag von Nordrhein-Westfalen? Zu allen möglichen Tagesordnungspunkten nimmt die Landesregierung jeden Tag in unzähligen Pressemitteilungen Stellung. Es ist schön, dass der Landwirtschaftsminister jeden neuen Baum an jeder noch so unbedeutenden Landstraße gebührend feiert. Aber zur aktuellen Situation der Gentechnik gibt es null Reaktion. Einfach null! Sonst ist die Landesregierung doch ausgesprochen mitteilungsfreudig. Warum gibt es hierzu kein einziges Wort?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir meinen: Der Landwirtschaftsminister muss sich in die aktuelle Diskussion einmischen! Denn es gibt Handlungsbedarf in Nordrhein-Westfalen. Was passiert mit den Feldern? Was ist mit der Aussaat in Borken? Warum schreitet die Landwirtschaftskammer, die hoheitliche Aufgaben für das Land übernimmt, nicht ein?

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sie hat damit gar nichts zu tun!)

Monsanto hat schon reagiert und erklärt, dass es die Versuche fortsetzen wolle.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, Herr Minister, wollen allerdings wissen, was die Landesregierung zu den fachlichen Aussagen des Bundesamtes meint, wie die Haltung der Landesregierung ist, und sie wollen, dass die Landesregierung handelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber der Minister hat sich unterm Tisch verkrochen und ein Schild aufstellen lassen: vorübergehend nicht zu erreichen!

(Heiterkeit – Minister Eckhard Uhlenberg: Ich bin immer da!)

Aber, Herr Minister, Sie müssen erklären, ob Sie der Lakai von Monsanto sind oder ob Sie der Anwalt für Umwelt- und Verbraucherschutz in diesem Land sind, also für immerhin 18 Millionen Menschen, deren Interessen Sie vertreten. Es ist nämlich Zeit zu handeln. Es ist Zeit, eine Position zu erklären!

Wir meinen auch, dass Nordrhein-Westfalen Chancen verspielt, wenn wir nicht handeln. Wir haben die Chance, Nordrhein-Westfalen tatsächlich dauerhaft gentechnikfrei zu machen. Das wollen im Übrigen die Menschen in großer Mehrheit. Sie wollen keine Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Darum gilt es, jetzt zu handeln und Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen, gentechnikfrei zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist im Übrigen auch eine wirtschaftliche Chance, meine Damen und Herren. Denn wir wol

### **Seite 6839**

len hier keine kanadischen Verhältnisse. Der so berühmte kanadische Honig kann nicht mehr gentechnikfrei hergestellt werden. Das schadet immens den wirtschaftlichen Perspektiven vor allem in Europa. Das, meine Damen und Herren, wollen wir für Nordrhein-Westfalen nicht. Das darf hier nicht passieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung muss sich so in die bundesweite Diskussion um die Neugestaltung des Gentechnikrechts einmischen, dass die strengen Vorgaben erhalten bleiben und gegebenenfalls noch verstärkt werden. Die Möglichkeit muss eröffnet werden, tatsächlich gentechnikfreie Zonen auszuweisen, die sich vielleicht sogar auf ganze Bundesländer erstrecken.

Diese Aufgabe, meine Damen und Herren, liegt jetzt vor uns. Dies ist die Chance für Nordrhein-Westfalen, und diese Chance muss die Landesregierung jetzt ergreifen. Wenn diese Aktuelle Stunde dazu einen kleinen, aber wesentlichen Beitrag liefern würde – das würden wir uns zumindest wünschen –, hätten wir unsere Zeit heute Morgen nicht vertan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kemper.

**Heinrich Kemper** (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lassen Sie mich heute Morgen einmal den Versuch unternehmen, bei der Diskussion, die Herr Remmel gerade begonnen hat, Gesichtspunkte von Sommersprossen zu trennen. Dazu müssen wir ein bisschen in die wissenschaftliche Diskussion einsteigen. Man sollte eben nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern ein bisschen tiefer.

Die augenblickliche Diskussion um die Gentechnik zeigt sich alleine schon in der Semantik bzw. im Wortgebrauch: Der eine spricht von „gentechnisch manipuliert“, von „mit GVO kontaminiert“, der andere spricht von „gentechnisch optimiert“ oder „ungewollten Verunreinigungen“. Beide Male ist das Gleiche gemeint. Vielleicht sage ich dem Verbraucher, der jetzt zuhört, dass er aufpassen muss, sich nicht alleine schon durch den Wortgebrauch in eine Situation bringen zu lassen, die ihn emotional in eine falsche Richtung schickt.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Remmel hat die Gefechtslage im Augenblick sicherlich richtig dargestellt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das tut er immer!)

In Borken gibt es den Versuchsanbau und eine Wertprüfung, in der Nähe von Köln ebenfalls. MON810 wird gestoppt, weil der Mindestabstand nicht eingehalten ist. Sie finden mich an Ihrer Seite: Wenn gesetzliche Vorschriften oder angedachte gesetzliche Vorschriften nicht eingehalten werden, finde ich auch, dass das eingehalten werden muss, und möchte, dass das regelkonform geschieht. Ansonsten riskieren wir ein Ziel, das wir haben, nämlich die friedliche Koexistenz von gentechnischem Anbau, den wir vielleicht für die Zukunft brauchen, und dem nicht gentechnischen Anbau. Das Zusammenleben ist also gefragt. Dazu gehört auch eine gewisse Toleranz.

(Svenja Schulze [SPD]: Das funktioniert doch gerade nicht!)

Ich liebe es, in Beispielen zu sprechen. Herr Remmel, vielleicht hören Sie zu; das Beispiel könnte Sie persönlich betreffen. Nulltoleranz widerspricht sich vom Wort her. Es braucht einen Augenblick, bis sich das gesetzt hat. Ich will Ihnen das einmal erklären: Auch Sie haben sicherlich einen Lebenspartner, mit dem Sie vielleicht die Nacht im selben Zimmer verbringen. Das ist meist durchaus sehr angenehm. Aber Sie müssen akzeptieren, dass dieser Partner in der Nacht eine gewisse Ausscheidung von sich gibt. Trotzdem akzeptieren Sie das.

(Heiterkeit)

Damit will ich nur sagen: Eine gewisse Akzeptanz in der Toleranz für bestimmte Dinge müssen Sie haben. Jetzt vollziehe ich dieses Beispiel einmal mit Blick auf die Gentechnik.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Vollziehen Sie mal!)

– Hören Sie einmal zu! Es geht darum, ob es eine Nulltoleranz auch bei der Gentechnik gibt. Das ist doch das, was Sie fordern. Diese Nulltoleranz gibt es aber nicht. Könnten und würden wir die Toleranz- und Schwellenwerte einhalten, so lägen diese bei 0,9 % und 0,1 %. Dann wäre das möglich.

Jetzt komme ich zum Faktum MON810. Es geht um den Bt-Mais, den *Bacillus thuringiensis*. Übrigens ist dieser *Bacillus thuringiensis* seit über 20 Jahren als ökologische Maßnahme gegen den Maiszünsler und den Maiswurzelbohrer zugelassen. Auch in ökologischen Betrieben werden Tüten mit dem *Bacillus thuringiensis* per Hand in

#### **Seite 6840**

Maisbeständen ausgehängt, damit der Maiswurzelbohrer und der Maiszünsler nicht aktiv werden können. Wenn Sie von „Toxizität“ sprechen, müssen Sie das natürlich auch auf diesen Bereich übertragen.

Ich komme zum MON810.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Sie müssen sich mit der Materie schon beschäftigen. An der Oberfläche zu kratzen reicht nicht. – Beim MON810 geht es um eben diese Resistenz. Die erste Zulassung ist im Jahre 1998 durch die EU erfolgt und wurde anschließend von uns in Deutschland akzeptiert. Der Antrag auf Erneuerung der Zulassung, der jetzt gestellt worden ist, umfasst unter anderem einen Monitoringplan zur Beobachtung erwarteter oder unerwarteter Umweltauswirkungen, der den Erfordernissen der Verordnung in vollem Umfang entspricht.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit prüft den Antrag derzeit auf europäischer Ebene. Nichtsdestotrotz hat das deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einen Bescheid erlassen, diese Zulassung für Deutschland zunächst einzugrenzen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Darum geht es!)

Das ist auch erfolgt. Warum? – Vermutlich geht es dort um den Eintrag in Honig, über den man sich uneinig ist. Denn parallel dazu gibt es drei Gerichtsverfahren in Deutschland, in denen drei Imker aus unterschiedlichen Regionen beklagen, dass wir Einträge von MON810 – gentechnisch veränderte Organismen – im Honig oder in Pollen haben.

Nur sind die Gerichte unterschiedlicher Auffassung: Während ein Gericht in Augsburg sich gegen die herrschende Meinung des Europäischen Gerichtshofs und der bisherigen Zulassungsbehörden ausspricht und das Urteil erlassen hat, dass man den Mais dort nicht zur Blüte gelangen lassen darf, haben andere Gerichte in Leipzig und in Frankfurt/Oder das bei dem gleichen Hintergrund abgelehnt. Übrigens ist das Urteil in Augsburg noch nicht rechtskräftig.

Die Frage stellt sich: Wohin wollen wir angesichts dieser Sachlage eigentlich hin? – Übrigens gibt es in der Wissenschaft mittlerweile die fast einhellige Argumentation, dass dieser Pollen seine Lebensfähigkeit und damit seine Zweckbestimmung, nämlich die Fertilität, verloren hat, sobald er im Honig ist. Er ist weder vermehrungsfähig noch ist er in der Lage, Erbgut an andere Lebewesen weiterzugeben. Damit erfüllt er nicht mehr die in der Freisetzungsrichtlinie nach dem Gentechnikgesetz definierten Kriterien eines Organismus. Insofern gehen diese Dinge fehl.

Die argumentative Grundlage für das BVL ist die Entscheidung, dass es angeblich neue wissenschaftliche Erkenntnisse gibt. Das Problem dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse ist aber, dass es ihnen an jeglicher experimenteller Wiederholbarkeit mangelt und diese Dinge damit eigentlich nicht wissenschaftlich sind.

Ich versuche einmal, das Ganze zusammenzufassen: Das Ziel dieses Antrages ist, eine gentechnikfreie Zone in Mitteldeutschland oder in Nordrhein-Westfalen oder in der Mitte von Deutschland zu erreichen. Ich glaube, dieses Ziel geht fehl, denn auf Dauer werden wir dies nicht durchhalten können, da die Welt an uns vorbeirast, zumindest für fünf Jahre. Nach einem Moratorium zwischen 1992 und 2002 verlangen Sie jetzt zum Teil ein weiteres fünfjähriges Moratorium. Im Übrigen gibt es keinen direkten flächendeckenden Anbau von Bt-Mais in Nordrhein-Westfalen, weil wir klimatisch bedingt keinen Befall durch Maiszünsler haben.

Herr Remmel, lassen Sie sich eines sagen: Es ist auch in Zukunft sicherlich das größere Risiko im Leben, ohne jegliches Risiko leben zu wollen. Das ist in dieser Welt nicht möglich. Lassen Sie mich zum Schluss Theodor Fontane zitieren: „Leicht zu leben ohne Leichtsinn, heiter zu sein ohne Ausgelassenheit, Mut zu haben ohne Übermut, das ist die Kunst des Lebens!“ Ich glaube, das beherrschen Sie noch nicht. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Kemper. – Frau Schulze hat nun für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte.

**Svenja Schulze (SPD):** Meine Damen und Herren! Wir müssen uns heute wieder einmal mit einem Thema beschäftigen, das sowohl für die Verbraucher als auch für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist. Im Auftrag des Konzerns Monsanto experimentiert die Landwirtschaftskammer auf Versuchsfeldern in NRW mit genetisch veränderten Organismen. Das ist unter anderem in Borken so. Es geht um den Mais MON810.

Was ist das für ein Mais? – Dieser Mais produziert ein spezielles Gift, das durch eine genetische Veränderung in der Pflanze entsteht, für Schädlinge tödlich ist und dessen Wirkung wohl unklarer ist, als in der Öffentlichkeit bisher verbreitet wurde.

**Seite 6841**

de. Wenn wir einen Verbraucherschutzminister in Nordrhein-Westfalen hätten, hätte er sich schon längst um dieses für die Verbraucher wichtige Thema gekümmert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, Herr Minister Uhlenberg, Sie schweigen, von Ihnen gibt es keine Position. So kann man mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Nordrhein-Westfalen und mit der Umwelt nicht umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir kritisieren vor allem drei Punkte.

Erstens: Sie reden in Ihrem Arbeitsprogramm „Vitales NRW“ davon, dass Sie die Koexistenz der verschiedenen Anbauformen gewährleisten wollen. Wenn es aber konkret wird, dann kneifen Sie. Am 27. April hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit angeordnet, dass die erteilte Genehmigung, diesen Monsanto-Mais in den Verkehr zu bringen, bis auf Weiteres ruht. Das Bundesamt hat das aus guten Gründen getan; Johannes Remmel ist eben schon darauf eingegangen.

Die europäische Ebene sagt: Das sind Richtlinien. Monsanto sagt: Dem kommen wir nicht nach, das machen wir nicht. – Der Bescheid ist eindeutig. Das Bundesministerium hat uns mitgeteilt, dass es eine berechnete Annahme gibt, dass der Anbau von Monsanto eine Gefahr für die Umwelt darstellt, und Sie handeln nicht. Wenn das selbst Ihrem Parteifreund Seehofer zu weit geht, sollten auch Sie Ihren Teil dazu beitragen, dass die Umwelt und die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen geschützt werden. Seit vier Wochen gibt es die Anweisung, diesen Mais zu entfernen, zu vernichten, und Sie tun nichts!

Mein zweites Argument: Sie reden von Koexistenz und wissen noch nicht einmal, welche Gefahren von der Freisetzung dieser gentechnisch veränderten Pflanzen ausgehen. Sie setzen Pflanzen in die Umwelt und wissen nicht, was damit passiert. Wir wissen inzwischen aus zahlreichen Studien – auch das Bundesamt für Verbraucherschutz verweist auf neue Studien –, dass Genmais negative Auswirkungen auf Organismen hat. Wir wissen das inzwischen ganz genau von Fliegen, Wespen, Spinnen und Schmetterlingen; wir wissen aber noch nicht, welche Auswirkungen es auf die Menschen hat.

Monsanto nimmt das alles billigend in Kauf, will weiter forschen und weitermachen, da sie viel Geld investiert haben. Sie, Herr Minister Uhlenberg, hindern sie in Nordrhein-Westfalen nicht daran. Sie tun nichts für die Verbraucher und die Umwelt. Ich mache mir große Sorgen darüber. Was passiert für uns in NRW? Seehofer engagiert sich, und Sie setzen es nicht um. So kann man doch nicht Politik machen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich mache mir auch große Sorgen, wenn ich mir die Studien, die jetzt im Umlauf sind, genauer ansehe. Greenpeace hat zum Beispiel festgestellt, dass der Giftanteil in den Pflanzen massiv schwankt. Das sagen uns nicht nur Umweltschützer, sondern auch Wissenschaftler aus Baden-Württemberg und viele andere. Was bedeutet es, wenn der Giftanteil in einer Pflanze massiv schwankt? Was bedeutet das für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die das am Ende zu sich nehmen sollen? So kann man doch mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht umgehen.

Das Verwaltungsgericht in Augsburg ist zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Maissorte nicht mehr angebaut werden soll. Jetzt müssen Sie in Nordrhein-Westfalen handeln.

Mein drittes Argument: Es gibt seit vier Wochen die Anordnung einer Bundesbehörde. Sie, Herr Minister Uhlenberg, schweigen und sorgen nicht dafür, dass sie umgesetzt wird. So kann es in Nordrhein-Westfalen nicht laufen. Sie sagen dem Bürger nichts, sondern man muss Sie schon wieder im Parlament dazu zwingen, endlich Farbe zu bekennen und Rede und Antwort zu stehen! Allein das ist schon ein Skandal.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie kümmern sich nicht um das Thema, Sie schweigen wieder. Wie stellen Sie sicher, dass der Mais wirklich untergepflügt oder entfernt wird? Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass das keine Auswirkungen auf die Umwelt und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen hat? Das ist alles völlig unklar.

Eine Journalistin aus meiner Region hat bei Ihnen einmal nachgefragt, ob das Verbraucherministerium in Nordrhein-Westfalen dafür zuständig ist. Daraufhin bekam sie die Antwort: Wir sind im Prinzip zuständig, aber die ausführende Behörde ist die Bezirksregierung. Bei der Bezirksregierung wurde ihr allerdings gesagt: Nicht wir sind zuständig, sondern das Landesministerium ist zuständig.

Herr Minister Uhlenberg, erklären Sie uns doch einmal, wer für die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, wer für die Umwelt hier zuständig ist!

(Beifall von der SPD)

## Seite 6842

Ist es die Landwirtschaftskammer, die Bezirksregierung oder das Ministerium für Verbraucherschutz? Das ist alles völlig unklar.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie beschäftigen sich mit der Umstrukturierung von Behörden und dem Einsparen von Personal. Das, was wir davon haben, kann man an diesem Fall ganz konkret sehen: Im Bereich des Verbraucherschutzes und des Umweltschutzes fehlen bei Ihrer Umstrukturierung schon jetzt die Zuständigkeiten.

Zusammengefasst kann man also wieder einmal sagen: NRW hat keinen Verbraucherminister. NRW hat auch keinen Umweltminister. Sie verunsichern die Bürgerinnen und Bürger hier in Nordrhein-Westfalen. Sie schweigen und öffnen damit Spekulationen Tür und Tor.

So kann man mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht umgehen. Deshalb unsere klare Anforderung an Sie: Machen Sie sich endlich zum Anwalt der Verbraucher und der Umwelt hier in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD)

Hören Sie endlich auf, sich nur um Ihre Verwaltungsstruktur und um den Abbau von Personal zu kümmern! Kümmern Sie sich endlich um die Inhalte in Ihrem Ministerium! Und kümmern Sie sich endlich um die Verbraucher und die Umwelt hier in NRW! – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Schulze. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP begrüßt, heute hier im Plenum über eine der wichtigsten Zukunftstechnologien unserer Zeit, die Grüne Gentechnik, eine fachliche und sachliche Debatte führen zu können. Liest man jedoch die Begründung des Antrags der Grünen, so muss man feststellen, dass eine sachliche Debatte von den Grünen gar nicht gewünscht ist. Was bekommen wir präsentiert? Ein Sammelsurium von Fragmenten aus entweder nicht näher benannten oder veralteten Quellen! Diese Fragmente werden so zusammengebastelt, dass sie in das festgefügte Weltbild der Grünen passen: Gentechnik ist der Teufel für die Menschen; wir wollen eine gentechnikfreie Zone NRW.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Leugnen Sie das Schreiben des Bundesamtes?)

Dies gipfelt dann in der Aussage, dass die aktuellen Vorgänge die Grüne Gentechnik grundsätzlich infrage stellen. Ich habe Respekt vor dieser intelligenten Glanzleistung, Herr Remmel, angesichts derer sich die Fachwelt entweder erstaunt die Augen reibt oder resigniert den Kopf schüttelt.

Ein Blick auf die Fakten – Kollege Kemper hat das dankenswerterweise in manchen Bereichen schon gemacht – ist in der Regel hilfreich: Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das BVL, hat am 9. Mai bekannt gegeben, dass die seit 1998 zugelassene Maissorte MON810 nur noch dann als Saatgut abgegeben werden darf, wenn ein begleitender Monitoringplan vorliegt. Bereits an Landwirte abgegebenes oder ausgesätes Saatgut ist hiervon nicht betroffen. Ein Verbot dieses Saatgutes, wie es die Grünen anführen, gibt es nicht. Die Zulassung von MON810 zum Anbau und zur Verwendung für Lebens- und Futtermittel ist weiterhin erlaubt, Herr Remmel. So viel zur Redlichkeit Ihres grünen Antragstextes!

Weiter führen die Grünen aus, der Grund für die Weisung des BVL seien mögliche Risiken für die Umwelt. In der vom BVL am 3. Mai veröffentlichten Verfügung ist hiervon nichts zu lesen. Sicherlich muss man sich nun fragen, was Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer veranlasst hat, die besagte Verfügung zu erlassen. Wie der Presse zu entnehmen ist, hat sich das Bundesamt zunächst geweigert, die Weisung des Bundesministers wegen des fehlenden wissenschaftlichen Nachweises zu vollziehen, Herr Remmel.

(Dietmar Brockes [FDP]: Hört, hört!)

Es ist äußerst bemerkenswert, dass das Bundesministerium ausdrücklich bestätigen musste, dass der derzeitige Forschungsstand keinerlei Begründung für dieses Vorgehen liefern würde.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Zudem hat die Bundesregierung wenige Tage vor Beginn der Seehofer'schen Kampagne auf Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion ausdrücklich klargestellt:

„Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Sicherheit der in der EU für den Anbau und den Import zugelassenen transgenen Sorten gegeben ist. ... Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erfahrungen aus dem Anbau zugelassener transgener Sorten sowie der Nutzung importierter Produkte von transgenen Pflanzen vor, die eine Änderung der Zulas-

**Seite 6843**

sungsverfahren für transgene Sorten erforderlich machten.“

Der Bundesminister kennt also die aktuelle Position der Bundesregierung nicht oder er widerspricht ihr bewusst. Für einen CSU-Vorsitzenden im Wartestand mag dies opportun sein. Für einen fachlich zuständigen Bundeslandwirtschaftsminister ist dieses Vorgehen schon etwas fahrlässig.

(Beifall von der FDP)

Die Grünen spielen in ihrem Antrag geschickt mit einigen Versatzstücken aus der Gentechnikdebatte. Sie zitieren mögliche Gefahren des Bt-Toxins, das die gentechnisch veränderte Maissorte MON810 zur Abwehr eines Schädling eigenständig bildet. Ist den Grünen bekannt – Herr Kemper hat es schon gesagt –, dass dieses Toxin seit Jahrzehnten ein anerkannter und zugelassener Wirkstoff zur Schädlingsbekämpfung im ökologischen Landbau ist? Man kann es nur wiederholen: Ist es den Grünen bekannt?

Ist den Grünen eigentlich bekannt, dass 90 % aller biologischen Schädlingsbekämpfungsmittel auf Bt-Toxinen basieren?

(Beifall von der FDP)

Haben sich die Grünen je die Frage gestellt, welche Auswirkungen auf Natur und Umwelt diese tonnenweise Ausbringung von Bt-Toxinen im ökologischen Landbau hat?

(Beifall von der FDP)

Gibt es da Fragen der Grünen?

Sie initiieren stattdessen lieber eine Kampagne, die sich in Nordrhein-Westfalen um einen kontrollierten Versuchsanbau im Umfang von sage und schreibe 1.025 m<sup>2</sup> dreht. Herr Remmel hatte die Zahlen schon genannt. In Borken sind das 1.000 m<sup>2</sup>. In Köln plante das Max-Planck-Institut einen Demonstrationsversuch unter Glas auf 25 m<sup>2</sup>.

Es ist schon erschreckend, mit welcher Konstanz es den Grünen immer wieder gelingt, ideologische Borniertheit mit fehlender Sachkenntnis zu vereinen.

(Beifall von der FDP)

Heraus kommt immer eine politische Nullnummer. Die FDP steht seit Jahren für eine sachorientierte Debatte.

(Lachen von Svenja Schulze [SPD])

Die Debatte um die Nutzung der Bio- und Gentechnik ist ohne Zweifel eine Debatte, die in den Menschen Emotionen auslöst, die sie bewegt. Die Bürger erwarten, dass die Politik diese Debatte sachlich und ergebnisoffen und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse führt.

(Beifall von der FDP)

Das ist unser Anliegen. Im Gegensatz zur grünen Strategie, Vorurteile zu schüren, durch Falschaussagen die Verunsicherung anzukurbeln und wider besseres Wissen einen Glaubenskrieg zu führen, wollen wir die Vorbehalte und Ängste der Menschen ernst nehmen und die Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnik mit den Bürgern im Dialog abwägen.

Die vermeintliche Ökopartei muss sich die Frage stellen: Wie ökologisch ist es, auf eine Zukunftstechnologie zu verzichten, die durch den reduzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eine umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktionsweise ermöglichen kann? Fakt ist: Bei keinem Nahrungsmittel, ob Bio, konventionell oder gentechnisch verändert, gibt es eine absolute Sicherheit vor Gesundheitsrisiken. Fakt ist auch, dass in kaum einem anderen Bereich derart strenge und langwierige Tests und Monitoringprogramme vollzogen werden wie bei gentechnisch veränderten Produkten. Bislang gibt es keine wissenschaftlichen Belege, dass durch gentechnisch veränderte Produkte Schäden für Umwelt oder Konsumenten aufgetreten sind.

Im Bereich der Grünen Gentechnik gelten für uns deshalb folgende Grundsätze: wissenschaftliche Begleitung und Sicherheitsbewertung vor der Markteinführung, Koexistenz und Kennzeichnungspflicht und somit Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte sowie – ganz wichtig – Verbraucheraufklärung statt Verbraucherverunsicherung, Herr Rimmel.

(Beifall von der FDP)

Insgesamt wollen wir eine offene, ehrliche Diskussion gemeinsam mit den Bürgern und der Wissenschaft zur zukünftigen Nutzung der Gentechnik. Dies unterscheidet uns von den Grünen; darauf legen wir sehr großen Wert. – Danke sehr.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Uhlenberg.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

#### Seite 6844

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Aktuelle Stunde mit zwei aktuellen Vorgängen zum Thema Gentechnik in der Landwirtschaft beantragt. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Sachverhalte:

Erstens geht es um die Entscheidung des Bundessortenamtes in Hannover, die Wertprüfung mit gentechnisch verändertem Mais in Borken in 2007 nicht durchzuführen, da der 150-m-Abstand zu konventionellen Maisfeldern nicht eingehalten werden kann.

Zweitens geht es um den Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, dass ab sofort gentechnisch verändertes Saatgut, also MON810, zum Zwecke des kommerziellen Anbaus nur nach Vorlage eines Monitoringplanes abgegeben werden kann.

Um diese beiden Punkte geht es. In den Ausführungen des Abgeordneten Rimmel wird dies aber mit vielen anderen Dingen emotional vermischt und zum Anlass genommen, die Grüne Gentechnik grundsätzlich infrage zu stellen. Dazu besteht jedoch kein Anlass.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Die Landesregierung unterstützt das Vorgehen des Bundessortenamtes, die Wertprüfung in Borken nicht durchzuführen, da der 150-m-Mindestabstand zu konventionellen Maisfeldern nicht eingehalten werden kann.

Die Länder überwachen die Einhaltung der Anforderungen des Gentechnikgesetzes. Die zuständige Überwachungsbehörde in Nordrhein-Westfalen – Frau Abgeordnete Schulze hatte die Zuständigkeit thematisiert – fordert zur Einhaltung der guten fachlichen Praxis einen Mindestabstand von 150 m zur nächsten konventionellen Maisfläche und wird dies, falls erforderlich, per Ordnungsverfügung einfordern. Damit es da überhaupt keine Zweifel gibt, meine Damen und Herren!

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Machen Sie es doch!)

Dieser Mindestabstand entspricht den bisher bekannten Inhalten des Entwurfs vom Bundesministerium zur Novellierung des Gentechnikgesetzes, in dem ebenfalls grundsätzlich ein Mindestabstand von 150 m vorgesehen ist. Es ist logisch, sich in Nordrhein-Westfalen schon jetzt an das zu halten, was auf Bundesebene mit dem neuen Gentechnikgesetz politisch auf den Weg gebracht wird. Deswegen ist es schon sehr künstlich, Frau Abgeordnete Schulze – das ist auf Bundesebene mit der SPD abgestimmt –, wenn Sie hier im Landtag eine völlig andere Linie fahren bzw. diesen Weg der Verunsicherung weiter beschreiten. Das entspricht auch nicht der verantwortlichen Debatte, wie sie auf Bundesebene zwischen den Koalitionsfraktionen geführt wird.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung von Nordrhein-Westfalen haben wir uns für einen verantwortbaren Umgang mit der Grünen Gentechnik ausgesprochen. Der Schutz von Mensch und Umwelt hat daher auch für die Landesregierung höchste Priorität.

Entgegen der Darstellung im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen stehen die Maßnahmen bezüglich des 150-m-Abstandes nicht im direkten Zusammenhang mit der Anordnung des Bundesamtes für

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zum Saatgut MON810. Entgegen den Ausführungen im Antrag ist der Verkauf von gentechnisch verändertem Saatgut MON810 nicht generell verboten.

Richtig ist, dass ab sofort Saatgut der Linie MON810 erst dann für den kommerziellen Anbau abgegeben werden darf, wenn dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom Inhaber der Genehmigung für MON810, also der Firma Monsanto, ein Monitoringplan zur Beobachtung möglicher langfristiger Umweltwirkungen vorgelegt wird. Sofern der Monitoringplan vorliegt, kann MON810 wieder verkauft werden. Bereits an Landwirte abgegebenes oder ausgesätes Saatgut ist 2007 von diesen Regeln nicht betroffen. Die Zulassung von MON810 zur Verwendung für Lebens- und Futtermittel ist davon ebenfalls nicht berührt, weil diese Regelung erst jetzt von der Europäischen Union erlassen worden ist.

Meine Damen und Herren, eines ist mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig: Es wurde von der Bundesbehörde keine Gefährdung für die menschliche Gesundheit festgestellt. Von daher ist die künstliche Aufregung, die hier eben erzeugt worden ist, fehl am Platz.

Mit dem vom BVL an Monsanto ergangenen Bescheid wird das Unternehmen verpflichtet, ein entsprechendes Monitoring durchzuführen, wie es für die Neugenehmigung gemäß jetziger EU-Rechtslage verbindlich ist. Ziel der Maßnahme des BVL ist es, zukünftig sicherzustellen, dass der großflächige kommerzielle Anbau von MON810 von einer Umweltbeobachtung begleitet wird, und nicht abzuwarten, bis die Neugenehmigung mit Monitoringplan vorliegt. Sofern es Hinweise auf potenzielle Risiken für die Umwelt gibt, müssen diese natürlich verfolgt werden. Deswegen soll ja ein Monitoring durchgeführt werden.

#### **Seite 6845**

Die Landesregierung hat sich stets für einen verantwortungsvollen Umgang und eine verantwortungsvolle Nutzung der Gentechnik ausgesprochen. Im Rahmen dieser Verantwortung beteiligt sich mein Ministerium aktiv an der praxisorientierten Entwicklung des Monitoringprogramms zur Erfassung der potenziellen Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen auf die Umwelt. Die Landesregierung begrüßt es daher, dass der Anbau von MON810 in Deutschland verbindlich mit einem Monitoring begleitet wird. Mögliche Risiken für die Umwelt müssen frühzeitig erfasst werden, damit es nicht zu unerwarteten langfristigen Auswirkungen auf die Umwelt kommen kann. Sofern es offene Fragen bezüglich des Anbaus gibt, müssen wir die möglichen Risiken natürlich erforschen.

Sicherheit von Mensch und Umwelt sowie Transparenz haben für die Landesregierung höchste Priorität. Was im Moment in Bezug auf diese wenigen Quadratmeter abläuft, auf denen angebaut wird, ist ein ganz normaler Vorgang, der vonseiten der Landesregierung entsprechend begleitet wird.

Obwohl es eigentlich bekannt ist, zumindest bei denjenigen, die diese Frage gestellt haben, ist gefragt worden, welche Behörde denn letztlich die Verantwortung trägt. Für die Anordnung ist die Bundesbehörde zuständig. Aber natürlich wird das vom Land überwacht. Dafür ist die jeweilige Bezirksregierung zuständig, in diesem Fall die Bezirksregierung Münster.

Man kann nicht sagen, dass die Landesregierung oder irgendeine Behörde hier einen Fehler gemacht hat. Es bringt auch nichts, Frau Abgeordnete Schulze, wenn man auf einmal mit Nebelkerzen wirft. Sie haben in diesem Zusammenhang die Landwirtschaftskammer erwähnt: Es würden auf Flächen, für deren Überwachung die Landwirtschaftskammer zuständig sei, gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut. – Die Landwirtschaftskammer – das darf ich an dieser Stelle noch einmal sagen – hat mit diesem Vorgang überhaupt nichts zu tun. Von daher sollte man hier nicht immer wieder mit Nebelkerzen werfen. Wir halten uns an diesen Vorgang, wir setzen ihn entsprechend um. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen können sich auf die Landesregierung verlassen.

Aber, meine Damen und Herren, eines möchte ich auch deutlich sagen: Es geht in Zukunft nicht mehr um die Frage, ob es gentechnisch veränderte Produkte gibt, sondern es geht um die Frage, wie dieser Prozess auf den Weg gebracht wird. Von daher freue ich mich darüber, dass das Gentechnikgesetz auf Bundesebene im Herbst dieses Jahres endlich verabschiedet wird und dass ein zusätzliches Stück Rechtssicherheit in diesen Prozess einkehrt. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun der Kollege Karthaus.

**Dr. Gero Karthaus (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kemper beschwört die friedliche Koexistenz zwischen dem Anbau genveränderter Nutzpflanzen und der konventionellen Landwirtschaft. Bemerkenswert ist auch sein Kommentar: „Risiko ist überall im Leben.“ Abenteuerlich!

(Beifall von der SPD)

Anscheinend kennt er wie auch der Kollege Romberg nicht den Unterschied zwischen den Extrakten, die den *Bacillus thuringiensis* enthalten und die es auch im biologischen Anbau seit vielen Jahren gibt, und den Pflanzen, die ihn innehaben, die genverändert sind. Das ist ein riesiger Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie von Fachlichkeit sprechen, dann sollten Sie das als erstes wissen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es wird so viel über den 150-m-Abstand gesprochen. Fachkreise wissen, dass das eine sehr umstrittene Sache ist, denn Gräserpollen – dazu gehört auch der Mais – fliegen ziemlich weit, kilometerweit. Nun zeigt sich, dass der 150-m-Abstand überhaupt nicht eingehalten wird. Man geht über diese Verfügung einfach hinweg, wie man im Fall Borken sieht. Deshalb kommt es ja zu diesem Aufschrei, zu diesen Nachforschungen: weil diejenigen, die mit diesem Material umgehen, sich an diese Auflagen nicht halten. Deshalb will Monsanto in dem Fall selbst weitermachen und diesen Anbau fortführen. Es herrscht wirklich der Eindruck, Herr Minister: Drunter und drüber!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie soll denn noch Vertrauen aufkommen, wenn deutlich wird, dass sich diejenigen, die mit diesem Material umgehen, nicht an diese Auflagen halten?

Sie haben von der Landwirtschaftskammer gesprochen und gesagt: Die hat gar nichts damit zu tun. – Vielleicht sollte sie etwas damit zu tun haben, um Kontrolle durchzuführen.

**Seite 6846**

(Beifall von der SPD)

Wir fordern im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher: Sehen Sie verlässliche Kontrollen vor! Sorgen Sie bitte dafür, dass Risiken für Umwelt und Verbraucher ausgeschlossen sind. Denn unsere Gentechnik hat nur dann eine Zukunft, wenn das ehrlich gewährleistet ist. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Karthaus. – Für die CDU spricht nun Herr Ortgies.

**Friedhelm Ortgies (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Aktuellen Stunde möchte ich versuchen klarzumachen: Über was sprechen wir eigentlich? Über welche Dimensionen reden wir hier? Weltweit gibt es einen Anbau gentechnisch veränderter Organismen von schätzungsweise 100 Millionen ha. Ich schätze, dass knapp die Hälfte davon gentechnisch veränderter Mais ist, also 50 Millionen ha weltweit. Die Produkte, die verfütterten Produkte, die Nachfolgeprodukte werden wir in vielen Nahrungsmitteln, in vielen Endprodukten wiederfinden und täglich – vielleicht unbewusst – konsumieren. Das mag man beklagen. Das ist allerdings nicht zu verhindern, vor allen Dingen nicht isoliert in Nordrhein-Westfalen.

(Svenja Schulze [SPD]: Aha! Ich denke, das wird kontrolliert?)

Meine Damen und Herren, in Deutschland, außerhalb Nordrhein-Westfalens, werden von der Maissorte MON810, über die wir heute sprechen, ca. 3.400 ha mit Genehmigung angebaut. Das sind, wenn ich richtig rechne, 34 Millionen m<sup>2</sup>.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist die Koexistenz, ja?)

Wir reden heute über 1.000 m<sup>2</sup> in Borken und über 25 m<sup>2</sup> im Versuchsgarten unter Glas in Köln. – Das einmal zu den Dimensionen!

Die Firma Monsanto hat den Abstand von 150 m nicht eingehalten und hat nicht ordnungsgemäß und nicht rechtmäßig gehandelt. Das ist nicht klug. Man kann es auch als Dummheit bezeichnen, wenn man sich auf diesem hochsensiblen Gebiet nicht genau an die Grenzen hält, die rechtmäßig

vorgegeben sind. Daraus allerdings eine Aktuelle Stunde im Landtag Nordrhein-Westfalen zu machen, ist, als würde man die Mücke zum Elefanten machen. Ich frage mich manchmal, ob Rot-Grün nach zwei Jahren Opposition wirklich nichts Besseres zu tun hat, als solche Anträge zu stellen.

Meine Damen und Herren, Heinrich Kemper und Minister Uhlenberg haben sehr detailliert die rechtlichen Zusammenhänge dargestellt, wie es zu diesem Problem in Borken gekommen ist. Das Land Nordrhein-Westfalen kontrolliert über den Regierungspräsidenten die ordnungsgemäße Durchführung dieser Versuche, dieses Monitorings. Das ist so geschehen. Es kontrolliert auch die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal die grundsätzliche Position unserer Fraktion darstellen. Wir wollen auch in Zukunft die Koexistenz von gentechnikfreiem Anbau und Gentechnikanbau in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen gewährleisten wissen.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau! So wie beim Reis!)

Jeder, der gentechnikfrei produzieren will, muss das auch in Zukunft können.

Wir möchten weiterhin eine klare Kennzeichnungspflicht, damit die Verbraucher wissen, was sie kaufen. Das nennt man Wahlfreiheit. Wir wollen auch eine Nachverfolgbarkeit der Produkte. Das haben wir in den Diskussionen immer wieder klargemacht.

Aber ich sage auch – ich habe die Zahlen dargestellt –: Bei einem weltweiten, bei einem globalen Handel, bei offenen Grenzen, bei freiem Handel ist eine absolute Gentechnikfreiheit eine Illusion.

Frau Schulze, wir waren auf der BioFach in Nürnberg und haben uns dort zusammen einen Vortrag angehört, in dem diese Probleme dargestellt wurden. Danach ist es praktisch unmöglich, gänzlich gentechnikfreie Produkte herzustellen. Spuren werden Sie immer finden. Oder wollen Sie den Wind verbieten oder den Lauf der Flüsse stoppen? Nordrhein-Westfalen können Sie auch nicht mit einer großen Mauer umgeben. Ich habe die Zahlen noch einmal genannt: 500 Milliarden m<sup>2</sup> Anbau weltweit.

Die Position der Grünen hierzu ist mir klar: Sie zelebrieren Ihre Fundamentalopposition seit Jahren hier im Landtag.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Wahrung der Schöpfung ist offenbar Fundamentalopposition!)

Fakten stören da nur. Mich wundert aber die Position der SPD: Sie trägt im Bund die Gentechniknovelle mit, und hier argumentiert sie dagegen.

#### **Seite 6847**

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist ein Kompromiss auf der Bundesebene! Das wissen Sie doch wohl!)

Ich frage mich wirklich, Frau Schulze: Was gilt denn nun in Ihrer Argumentation? Welchen Weg wollen Sie gehen? Das sollten Sie hier klar sagen. Sie können Nordrhein-Westfalen nicht einmauern.

Mein Fazit nach dieser Aktuellen Stunde: Der Vorwurf der Opposition geht ins Leere. Die Landesregierung hat ihre Pflicht ordnungsgemäß erfüllt. Sie bauen hier weitere Feindbilder auf. Die Grünen hatten wieder einmal Gelegenheit, altbekannte Fakten vorzutragen.

Wir als CDU-Fraktion sind der Meinung, dass man den Weg im Sinne einer vernünftigen Forschung und auch im Sinne der Arbeitsplätze der in der Forschung Beschäftigten weitergehen sollte.

Aber ich sage in diesem Zusammenhang auch: Die Firma Monsanto sollte demnächst vielleicht genauer nachmessen. Dann würden uns solche Aktuellen Stunden erspart bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Ortgies. – Nun hat Herr Remmel das Wort.

**Johannes Remmel**<sup>7)</sup> (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist in der Debatte heute keine Bewegung feststellbar. Das erstaunt mich wirklich. Ich verstehe durchaus, dass Sie auf die Argumente der Grünen nicht unbedingt eingehen. Aber wenn eine fachliche Stellungnahme eines Bundesamtes vorliegt, also von einer offiziellen Stelle, dann müssen Sie doch in der Lage sein, dazu eine abwägende Diskussion zu führen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Stattdessen werden hier wieder Versatzstücke aus Reden vorgetragen, die wir schon die ganze Zeit von Ihnen hören.

Ich will mich gar nicht zu den Ehebetten usw. äußern, Herr Kemper. Aber es gibt einen tatsächlichen Unterschied zwischen uns: Sie mögen null Toleranz gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen haben, die auf Ihrem Parteitag neulich etwas beschlossen haben. Wir haben null Toleranz gegenüber Giften. Das ist an dieser Stelle auch klar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie endlich klargestellt haben, welche Behörde überhaupt für dieses Feld zuständig ist.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das war immer klar!)

Seit heute wissen wir das. Ich zitiere aus einer Zeitung vom 19. Mai. Da erklärt eine Vertreterin der Bezirksregierung noch, dass sie für diese Flächen nicht zuständig seien. Es ist ja gut, dass Sie heute hier im Parlament erklärt haben, dass die Bezirksregierung zuständig ist. Dann weiß sie das offensichtlich endlich. Nach über vier Wochen haben Sie die Zuständigkeiten endlich geklärt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Svenja Schulze [SPD]: Verwaltungsreform live!)

Herr Minister, ich muss Ihnen leider auch den Vorwurf machen, dass Sie hier heute keinerlei politische Führungsqualitäten gezeigt haben. Ich erwarte von einem Minister, dass er Vorgänge politisch bewerten kann. Sie haben hier einen Vortrag gehalten wie ein politischer Referent. Sie haben das referiert, was in Briefen steht, was Ihnen offensichtlich Ihr Haus aufgeschrieben hat. Aber bewerten Sie doch einmal, was es denn heißt, wenn ein Gericht entscheidet, Bienen könnten keinen Mindestabstand von 150 m einhalten! Das muss man doch politisch bewerten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da kann man sich doch nicht hinter irgendwelchen Vorgaben aus Ministerien verkriechen.

Ich erwarte auch – die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten das ebenfalls –, dass Sie eine politische Bewertung zu den neuen Erkenntnissen des Bundesamtes abgeben. Wie bewerten Sie das im Sinne des Umweltschutzes und des Verbraucherschutzes? Dazu kein Wort von Ihnen! Stattdessen greifen Sie auf irgendwelche formalen Dinge zurück, die Ihnen das Ministerium in der Tat aufgeschrieben hat.

Man muss es bewerten, wenn die Gerichte sagen – und das wissen wir doch auch –, dass Bienen sich nicht an Mindestabstände halten und dass es ein Recht auf Gentechnikfreiheit gibt. Dann muss die Politik doch entsprechend andere Rahmenbedingungen schaffen.

Wenn ein Bundesamt feststellt, dass es offensichtlich eine Gefahr für die Umwelt gibt, und wenn bisher nicht bekannte neuere Studien nachweisen, dass das Gift länger im Boden bleibt, dass die Blüten das Gift auf Tiere übertragen und dass die Blütenstäube offensichtlich weiter als 150 m fliegen, dann muss man das doch politisch

## **Seite 6848**

werten und eine politische Veränderung vornehmen. Dann kann man nicht 1:1 die bisherige Position vertreten.

Herr Minister, in der neuesten Broschüre, mit der sich das MUNLV noch einmal vorstellt, sagen Sie vollmundig unter dem Stichwort Gentechnik: „Der kommerzielle Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen steht bevor.“ Ist das nach wie vor Ihre Position, veröffentlicht in der Broschüre 2007,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Natürlich!)

nach Kenntnis der Unterlagen, die Ihnen jetzt vom Bundesamt vorliegen, nach Kenntnis der Gerichtsentscheidungen und angesichts der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse? Ist das nach wie vor Ihre Position: Der kommerzielle Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen steht bevor? Ist das nach wie vor Ihre Position?

Nach der Erklärung der Landesregierung vom 5. August 2005 müsse Nordrhein-Westfalen mit dem Anbau gentechnisch veränderter Produkte eigene Erfahrungen sammeln. Ist das nach wie vor Ihre Position? Die Erfahrungen sind doch nun gesammelt und ausgewertet. MON810 wurde damals von Seehofer damals überall zugelassen. Nach heutigen Kriterien hat keine ausreichende Prüfung stattgefunden. Jetzt muss man zurückrudern. Man hat jetzt doch Erfahrungen gesammelt, die man bewerten kann. Benötigen Sie noch weitere Erkenntnisse?

All das wird von Ihnen politisch nicht bewertet. Das aber erwartet der Landtag. Und die Menschen in diesem Land erwarten, dass Sie auch eine politische Bewertung abgeben. Vielleicht folgt diese jetzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Remmel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Mein sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme selbstverständlich gerne dem Wunsch meines Vorredners nach und nehme eine politische Bewertung dieses Sachverhalts vor.

Für die FDP-Landtagsfraktion gelten im Bereich der grünen Gentechnik folgende Grundsätze:

Erstens. Kennzeichnungspflicht und dadurch Wahlfreiheit für Verbraucher. Das heißt, niemand, der keine gentechnisch veränderten Lebensmittel verzehren möchte, muss dies tun.

Zweitens. Verbraucheraufklärung statt -verunsicherung. Wir wollen ehrlich über Chancen und Risiken sprechen und keine Bevormundungskampagne wie die Grünen fahren.

Drittens. Chancen nutzen, statt sie zu ignorieren. Die Koalition der Erneuerung wird NRW zum Innovationsland Nummer 1 machen

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

und dabei neue Entwicklungen und Möglichkeiten, die die Gentechnik in positiver Hinsicht bietet, auch nutzen. Wir zeigen uns gegenüber erfolgsversprechenden Entwicklungen offen.

Die Landtagsfraktion der FDP nimmt deshalb die Ängste und Sorgen von Bürgern ernst, begegnet ihnen aber mit sachlich-fundierten Argumenten und nicht mit grüner rückwärtsgerandeter Ignoranz.

Welche Aktualität diese Debatte hat, zeigt in der Tat ein Blick in die Medien des heutigen Tages. Die „Welt“ schreibt auf Seite 1:

„Allergiker dürfen jetzt Tomaten essen

Viele Menschen leiden unter einer Allergie gegen Tomaten. Schon Spuren des Produkts können zu Reizungen und Schwellungen im Rachenbereich bis hin zu Atemnot oder zu lebensbedrohlichen allergischen Schocks führen. Nun haben Forscher der Universität Erlangen eine gentechnisch veränderte Tomate entwickelt, die auch Allergiker essen können. Die neue Pflanze sieht wie eine normale Tomatenstaude aus. Doch das allergieauslösende Protein wird nicht mehr produziert.“

Insofern reden wir über aktuelle Fragen von hoher Relevanz für Menschen. Deshalb benötigen wir auch die nötige Sensibilität.

Ich fordere die Grünen auf, auch in dieser Aktuellen Stunde nicht jede Gelegenheit zu nutzen, um bewusst Ängste zu schüren und Bürger zu verunsichern. Warum schaffen es die Grünen nicht, sich auch einmal ideologiefrei und sachgerecht mit dem Thema Gentechnik auseinanderzusetzen?

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

Bio- und Gentechnologie gehören zweifelsohne zu den Zukunftstechnologien unserer Zeit. Deshalb sind sie auch für unser Bundesland sowie für Deutschland insgesamt zu nutzen. Wer die Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie ignoriert, zeigt sich nicht nur rückwärts gewandt; er handelt auch unethisch. In den kommenden dreißig Jahren

#### **Seite 6849**

ren müssen nach Prognosen weltweit etwa weitere zwei Milliarden Menschen durch Mehrproduktion ernährt werden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dieses Argument nutzt nicht einmal mehr Monsanto!)

Eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen würde gerade einmal 20 % des Bedarfs decken. Also müssen wir andere Wege im Kampf gegen den Hunger in der Welt finden.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Einen Schlüssel dazu bietet selbstverständlich auch die Gentechnologie, die wir der Welt deshalb nicht vorenthalten dürfen.

Gentechnik bietet einen gezielten Beitrag zum Umweltschutz. In China wird seit einiger Zeit von Millionen kleiner Farmer insektenresistente Baumwolle angebaut. Das Ergebnis ist: Sie erreichen nicht nur um 20 % höhere Erträge pro Hektar, sondern auch der Pestizideinsatz ist dadurch um knapp 80.000 t zurückgegangen. Das entspricht einem Viertel des gesamten Pestizidverbrauchs Chinas.

Meine Damen und Herren, das alles sind Fakten ...

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist Unsinn!)

... der Praxis und der Wissenschaft, mit denen man sich ernsthaft auseinandersetzen muss. Versuchen Sie als Grüne nicht, aus irgendeiner Haltung heraus eine Moral für sich zu reklamieren, die Ihnen bei dem Thema wirklich nicht zusteht.

(Beifall von der FDP)

Bei keinem Nahrungsmittel – sei es biologisch oder konventionell angebaut oder gentechnisch verändert – gibt es einen absoluten Schutz vor Gesundheitsrisiken. Ökogetreide ist zum Beispiel überdurchschnittlich oft mit Schimmelpilzbefall belastet.

Die Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften kommt deshalb zu dem Schluss:

„Nach Abwägung erscheint es äußerst unwahrscheinlich, dass beim Verzehr der in der Europäischen Union zugelassenen GVO-Nahrungsmittel ein höheres Gesundheitsrisiko besteht als beim Verzehr herkömmlicher Nahrungsmittel. Im Gegenteil. Die GVO-Produkte sind umfassend geprüft, als sicher eingestuft worden und unterliegen strengen gesetzlichen Regelungen.“

Wenn es also eine Vollkaskoversicherung gegen von Lebensmitteln ausgehende Gesundheitsrisiken an sich nicht gibt – egal, in welcher Anbauweise –, dann sollten Sie als Grüne auch nicht bewusst eine einseitige Diskussion führen und Ängste schüren.

Wir sind für eine Versachlichung der Diskussion. Wir wollen Chancen nutzen, die sich für die Menschheit, für die Umwelt und für die Gesundheit auch in Nordrhein-Westfalen bieten. Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Witzel. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Herr Minister Uhlenberg.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte sagen, die Grünen nähmen eine Fundamentalposition ein und könnten sich bei der grünen Gentechnik nicht mehr differenziert äußern. Aber so einfach ist es nicht.

Als damalige Bundeslandwirtschaftsministerin hat Frau Künast auf europäischer Ebene dazu beigetragen, dass die Grenzwerte von 0,9 % zunächst einmal eingeführt wurden. Durch die Politik der damaligen rot-grünen Bundesregierung und die Einführung dieses Grenzwertes von 0,9 % ist es ermöglicht worden, dass sich die Gentechnik in Europa und damit in der Welt weiter verbreitet. Diesen Beitrag haben Sie auf europäischer Ebene damals geleistet.

Sie fahren eine Doppelstrategie, indem Sie das einerseits auf europäischer Ebene zugelassen und damit auch die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen ermöglicht haben, und indem Sie andererseits eine Fundamentalopposition in den Landesparlamenten betreiben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Quatsch!)

– Herr Abgeordneter Remmel, es ist zutiefst ungläubig, was Sie in diesem Zusammenhang auf den Weg bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche gilt für die Position der Sozialdemokraten. Es kann doch nicht sein, dass die Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten zusammen mit Herrn Seehofer ein gemeinsames Papier mit den Eckpunkten für das Bundesgesetz auf den Weg bringt, ...

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist kein gemeinsames Papier! Das wissen Sie!)

## Seite 6850

... während sich Frau Abgeordnete Schulze hierher stellt und eine Fundamentalposition gegen jede Erforschung und wissenschaftliche Begleitung von Gentechnik einnimmt!

(Svenja Schulze [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Frau Abgeordnete Kraft, da würde mich interessieren, was eigentlich die Position der SPD ist. Meine Damen und Herren, denken Sie doch einmal an die Reden, die der frühere Bundeswirtschaftsminister Clement noch als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen von diesem Pult aus zur Einführung von Gentechnik gehalten hat!

(Beifall von CDU und FDP)

Das steht in hundertprozentigem Gegensatz zu dem, was Sie hier auf den Weg gebracht haben.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Nein, meine Damen und Herren, diese Landesregierung und die Koalitionsfraktionen gehen einen verantwortbaren Weg. Wir sind für die Wahlfreiheit der Verbraucher. Wir sind der Auffassung, die Verbraucher sollen wählen können. Wir leben aber auch nicht auf einer Insel der Glückseligkeit, auf der wir so tun können, als ginge uns das Thema Gentechnik überhaupt nichts an. Wir gehen den Weg, der verantwortbar ist.

Und wenn wir zur Gentechnik noch Fragen haben, dann geht es nicht darum, eine Fundamentalposition einzunehmen und die Erforschung von Gentechnik nicht entsprechend politisch begleiten zu wollen, sondern wir wollen auch in Nordrhein-Westfalen den weiteren Anbau von Gentechnik wissenschaftlich begleiten. So steht es auch in den Unterlagen des Ministeriums.

Man kann doch nicht auf der einen Seite auf noch Tausend Fragen hinweisen, die es bei dem Thema Gentechnik gibt, und gleichzeitig durch eine Fundamentalopposition, wie sie hier von SPD und Grünen gemeinsam betrieben wird, jeden wissenschaftlichen Ansatz kaputtmachen. Das ist der eigentliche Kern dieser Debatte!

(Svenja Schulze [SPD]: Unverschämt!)

Herr Abgeordneter Remmel, wenn Sie von mir eine politische Bewertung haben wollen, dann können Sie die haben: Was Sie machen, ist insofern unglaubwürdig, als Sie zunächst den Grenzwerten auf europäischer Ebene zugestimmt haben. Und was die Haltung der SPD betrifft, ist diese zutiefst unglaubwürdig, weil im Deutschen Bundestag in Berlin andere Reden gehalten werden als im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Das ist die aktuelle Situation.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist unglaubwürdig. Und es ist in der Sache gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Nordrhein-Westfalen, die in diesen Fragen eine verantwortliche Position erwarten, auch nicht angemessen.

(Svenja Schulze [SPD]: Reden Sie doch einmal mit Herrn Seehofer! Vielleicht nutzt das was!)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund dieser 1.000 m<sup>2</sup> im Münsterland – die 30 m<sup>2</sup> in Köln sind inzwischen entfernt – eine ganz klare Position. Es geht um den Abstand von 150 m. Hier geht es nicht um irgendeinen Pollenflug – auch das ist völlig falsch –; hier geht es um Mais,

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Abgeordneter Remmel, und da sind diese 150 m angemessen. Das wird von uns begleitet. Und da Monsanto diese 150 m nicht einhält, wird es dann, wenn diese Fläche nicht umgepflügt wird, meine Damen und Herren, schlicht und einfach eine Ordnungsverfügung geben. Das ist doch völlig klar.

Nur: Herr des Verfahrens in dieser konkreten Situation ist das Bundessortenamt, das in diesem Punkt die Verantwortung trägt. Begleitet wird der Vorgang wie bereits in der Vergangenheit durch die Bezirksregierung Münster als zuständige Behörde. Dieser Vorgang ist nicht neu und immer klar gewesen.

Nein, meine Damen und Herren, Sie machen einen großen Fehler. Ich glaube auch nicht, dass sich Ihre Initiative für Sie politisch auszahlt. Sie werden jeden Ansatz auch wissenschaftlicher Begleitung beim Thema Gentechnik problematisieren und hinterfragen. Und auf Bundesebene fordern Sie, Frau Abgeordnete Schulze, genau das Gegenteil.

(Svenja Schulze [SPD]: Das stimmt nicht! Ich gebe Ihnen das schriftlich!)

Gleichzeitig wollen Sie, meine Damen und Herren, die Verbraucher weiter verunsichern.

Das ist nicht in Ordnung. Das ist unverantwortlich. Die Landesregierung steht für die Wahlfreiheit. Wir sind der Auffassung, dass wir uns der Frage der Gentechnik gerade auch in wissenschaftlicher Hinsicht stellen müssen. Deswegen wird eine wissenschaftliche Begleitung auch in Zukunft stattfinden

#### **Seite 6851**

den, wie es in den Publikationen des Umweltministeriums nachzulesen ist.

Ich darf Ihnen sagen: Wenn die Firma Monsanto diesen Weg geht und ihn gegen die Behörden, gegen das Bundessortenamt, umsetzen will, dann wird es die Ordnungsverfügung geben. Dann wird der Mais umgepflügt. Von daher bewegen wir uns hier auf der Grundlage des geltenden Rechts.

Die Interessen der Verbraucher auf der einen Seite und natürlich die Interessen der Wissenschaftler auf der anderen Seite sind bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in guten Händen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Als nächste Wortmeldung liegt mir noch die des Kollegen Kemper für die Fraktion der CDU vor.

(Svenja Schulze [SPD]: Kriegen wir das jetzt mit dem Ehebett noch einmal erklärt?)

**Heinrich Kemper (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht noch ein bisschen zum Risiko; denn das ist ja das, was Sie hier ganz groß an die Wand schreiben.

Zur unterschiedlichen Risikobewertung: Wenn ich den vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erstellten Bescheid lese, so hat es diesen am 27. April 2007 erstellt. Circa Mitte April sind etwa 95 % des Samens verkauft und bei den Landwirten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist ja die Schweinerei!)

– Wir kommen noch dazu. Warten Sie ab, Herr Remmel, Sie können gleich noch was sagen!

Ab dem 25. April – darüber will ich Sie fachlich aufklären – waren etwa 60 bis 70 % des Mais ausgesät.

Wenn das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eine Gefahr für Leib und Leben oder für die Umwelt gesehen hätte, hätte es die Aussaat verboten. Es hat dies nicht getan.

Jetzt müssen Sie einmal in den Bescheid gucken, worum es geht. Es geht um beigebrachte zusätzliche wissenschaftliche Erkenntnisse. Unter anderem geht es um die Untersuchung, warum der Wirkstoff an Bodenpartikel, nämlich vornehmlich an den Ton-Humus-Komplex, in einer aktiven Form gebunden wird und dann länger als 200 Tage im Erdreich verbleibt. Das ist eigentlich selbstverständlich. Nur der Prozentsatz des Wirkstoffes, der nach 200 Tagen noch vorhanden ist, liegt unter 2 %. Und da wir anschließend eine im Prinzip inaktive Bodenzeit haben, in der sich dieser Wirkstoff dann innerhalb der nächsten 40 bis 50 Tage komplett bis auf 0,5 % absenkt, ist das Risiko gleichsam äußerst gering und zu tolerieren.

Wenn das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, das wir in der Verbraucherschutzszene eigentlich als Hochsicherheitstrakt der deutschen Verbrauchersicherheit loben, eine Gefahr gesehen und das Risiko so bewertet hätte, wie Sie, Herr Remmel, dann hätte es eine Aussaat verboten. Gerade das hat es nicht getan. Jetzt können Sie, meine Damen und Herren, das Risiko einschätzen, das Sie, Herr Remmel, hier an die Wand zu malen versuchen. Es ist so gering, dass man es in Zukunft nur nach dem Vorsorgeprinzip beobachtet. Mehr nicht. – Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Kemper. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf: